

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58503>

Traditionspflege

08.01.2013

KARLSRUHE/PARIS

(Eigener Bericht) - Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) hält trotz massiver Proteste an der Ernennung eines NS-Funktionärs zum "Ehrensensator" fest. Die gegen den ehemaligen Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Dr. Rudolf Greifeld, erhobenen "Vorwürfe" müssten zunächst durch einen nicht näher bezeichneten Experten "wissenschaftlich belastbar verifiziert" werden, erklärt das KIT. Kritiker werfen der 2009 aus dem Kernforschungszentrum und der Universität Karlsruhe hervorgegangenen Institution daher vor, bereits bekannte Fakten in zu überprüfende Beschuldigungen "umzufälschen" und sich einer "völlig inakzeptablen vorsätzlichen Verschleppungstaktik" zu bedienen. Der in Rede stehende Rudolf Greifeld arbeitete während des Zweiten Weltkriegs als ranghoher Beamter für die deutsche Militäradministration im besetzten Paris und organisierte in dieser Funktion unter anderem einen Besuch Adolf Hitlers. Aufgrund der Proteste hunderter französischer Wissenschaftler musste er 1975 seinen Aufsichtsratsposten beim deutsch-französischen Atomforschungsinstitut Laue-Langevin (ILL) in Grenoble räumen. Unter seiner Ägide war am 25. Juni 1974 eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und der pakistanischen Kernenergiebehörde geschlossen worden, die Islamabad den Griff nach der Atombombe ermöglichte.

Ehrensensator

Wie die Leitung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) mitteilt, ist sie nicht gewillt, die Ernennung des NS-Funktionärs Rudolf Greifeld zum "Ehrensensator" rückgängig zu machen. Die Würdigung war im vergangenen Jahr durch Recherchen dieser Redaktion bekannt geworden und hatte energische Proteste hervorgerufen. So forderten zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen, unter ihnen der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe und die in Paris lebenden Eheleute Serge und Beate Klarsfeld, die Annullierung des Ehrentitels. Die Leitung des KIT hatte daraufhin zunächst erklärt, dass Greifeld "allem Anschein nach" ein "äußerst fragwürdiges Amt in der Zeit des Nationalsozialismus" innegehabt und eine "ebenso fragwürdige persönliche Einstellung" gezeigt habe.[1] Aktuell heißt es, die gegen Greifeld erhobenen "Vorwürfe" müssten durch einen nicht näher bezeichneten Experten "wissenschaftlich belastbar verifiziert" werden, was "ein bis zwei Jahre" in Anspruch nehmen könne. Kritikern zufolge werden damit bereits bekannte Fakten in zu überprüfende Beschuldigungen "umgefälscht"; das 2009 aus der Fusion des Kernforschungszentrums und der Universität Karlsruhe hervorgegangene KIT bediene sich einer "völlig inakzeptable(n) vorsätzliche(n) Verschleppungstaktik".[2]

Kriegsverwaltungsrat

Der in Rede stehende KIT-"Ehrensensator" Rudolf Greifeld hatte während des Zweiten Weltkriegs im Range eines "Kriegsverwaltungsrates" für die deutsche Militäradministration im besetzten Paris gearbeitet und in dieser Funktion unter anderem einen Besuch Adolf Hitlers in der französischen Hauptstadt organisiert. Ein bei dieser Gelegenheit aufgenommenes Foto[3] zeigt ihn vor der Kulisse des Eiffelturms - in einer Reihe mit dem "Führer des Deutschen Reiches und Volkes" sowie zahlreichen NS-Größen und Kriegsverbrechern. Zu sehen sind unter anderem Albert Speer, der ab 1941 als Rüstungsminister die rücksichtslose Ausbeutung von Zwangsarbeitern im Rahmen der forcierten Kriegsproduktion organisierte, der NS-Bildhauer Arno Breker und der SA-Offizier Hermann Giesler. Der NS-Stararchitekt Giesler leitete während des Zweiten Weltkriegs verschiedene "Einsatzgruppen" der "Organisation Todt", die KZ-Häftlinge unter mörderischen Bedingungen zu Bauarbeiten heranzogen.

Zutritt für Juden verboten

Auch KIT-"Ehrensensator" Greifeld selbst war direkt in die Vernichtungspolitik des "Dritten Reiches" involviert. "In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit", schrieb er Anfang Januar 1941 in einem Vermerk für das "Polizeireferat" der deutschen Besatzungsbehörde. Greifeld behauptete, in von Soldaten der NS-Wehrmacht frequentierten Gaststätten "sehr viele Juden" gesichtet zu haben und forderte entsprechende antisemitische Maßnahmen: "Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmichtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft und (...) von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist." [4]

Blonde bevorzugt

1956 ernannte der damalige westdeutsche Atomminister Franz-Josef Strauß (CSU) den Juristen Greifeld zum administrativen Geschäftsführer der "Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft", wie die ursprüngliche Bezeichnung des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) lautete. Neben Greifeld fanden sich etliche andere hochrangige Funktionsträger des NS-Regimes in der Geschäftsführung des KfK wieder, so die IG Farben-Manager Gerhard Ritter und Walther Schnurr, die während des Zweiten Weltkriegs für die Ausbeutung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern verantwortlich zeichneten. In die Leitung des KfK berufen wurde auch Josef Brandl, der einem Diktum des Historikers Götz Aly zufolge "kraft Amtes mit der Vernichtung von insgesamt 500.000 ostgalizischen Juden befasst" war (german-foreign-policy.com berichtete [5]). Wie der Physiker und KfK-Mitarbeiter Leon Grünbaum erklärte, zeichnete sich die gesamte Institution durch ein ausgesprochen "neonazistisches Klima" aus - woran insbesondere Greifeld offenbar maßgeblichen Anteil hatte. Laut Grünbaum forderte dieser etwa bei einer Betriebsversammlung, möglichst generell auf die Einstellung von "Ausländern" zu verzichten; sollte dies indes unumgänglich sein, müsse "Blonden, Schweden zum Beispiel" der Vorzug gegeben werden. [6]

Bundesverdienstkreuz

Am 26. Juni 1974 wurde Greifeld in den Ruhestand verabschiedet - und erhielt das Bundesverdienstkreuz. Einen Tag zuvor hatte das KfK mit der pakistanischen Atomenergiebehörde PAEC eine förmliche "Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie" geschlossen. Das Abkommen sah explizit auch die Kooperation im "sensitive(n) Bereich der Urananreicherung, Wiederaufarbeitung und Schwerwasserherstellung" vor, also auf Gebieten, die für die Produktion von Atomwaffen unabdingbar sind (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Gleichzeitig pflegte das KfK unter Greifelds Leitung offenbar beste Beziehungen zu dem mit Pakistan verfeindeten Indien. Wie der Bundesvorsitzende der Deutsch-Indischen Gesellschaft (DIG), Hans-Joachim Kiderlen, schreibt, wurde der Karlsruher Ableger der Organisation 1960 von Greifeld ins Leben gerufen. Seither sehe die DIG einen "Schwerpunkt" ihrer Tätigkeit in der Festigung der "Verbindung von deutschen und indischen Naturwissenschaftlern, die in Karlsruhe arbeiten oder über Karlsruhe zueinander in Beziehung getreten sind". [8]

Protest mit Tradition

Das Karlsruher Institut für Technologie ist somit nicht die einzige deutsche Institution, die Rudolf Greifeld ein ehrendes Andenken bewahrt. Umgekehrt haben allerdings auch die Proteste gegen ihn Tradition: Nachdem 400 französische Wissenschaftler seine Demission gefordert hatten, musste Greifeld 1975 seinen Aufsichtsratsposten beim deutsch-französischen Atomforschungsinstitut Laue-Langevin (ILL) in Grenoble räumen.

[1] Ein entsprechender Briefwechsel findet sich unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

[2] Dietrich Schulze: Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensensatorwürde gefragt. Pressemitteilung 05.01.2013

[3], [4] Dietrich Schulze: In memoriam Leon Grünbaum (1934-2004); www.nrhz.de 25.05.2011

[5] s. dazu [Ein Versailles kosmischen Ausmaßes](#)

[6] zitiert nach Dietrich Schulze: In memoriam Leon Grünbaum (1934-2004); www.nrhz.de 25.05.2011

[7] s. dazu [Mehrzweckreaktoren](#)

[8] Balbir Goel/Karin Stober (Hg.): Karlsruhe meets India: 50 Jahre Deutsch-Indische Gesellschaft Karlsruhe. Karlsruhe 2010